

**Die Sozialdemokratie
im Kampf
um Deutschland
und Europa**

*Rede Prof. Carlo Schmid
Vizepräsident des Deutschen Bundestages
auf dem Parteitag
der Landesorganisation Hamburg der SPD
am 1. April 1950 im Gewerkschaftshaus*

Preis 10 Pfennig

Einem großen Europäer

Aus der Eröffnungsrede des 1. Vorsitzenden der Landesorganisation Hamburg der SPD, Karl Meitmann:

-Bevor wir uns konstituieren und die Verhandlung beginnen, erinnern wir uns der bestürzenden Nachricht, die am Donnerstag durch die ganze Welt gegangen ist. Ein Kämpferherz wie wenige hat aufgehört zu schlagen. Unser Genosse L é o n B l u m ist einem Herzschlag erlegen.

Er ist wie kaum ein anderer, der noch lebt, ein Wahrzeichen des Kampfes für die Menschlichkeit, für die Freiheit und für den Schutz aller Leidenden und Unterdrückten gewesen.

Ikon B l u m gehört nicht nur den Franzosen, er war Franzose und hat bewiesen ein ganzes langes Kämpferleben hindurch, daß man ein guter Patriot und doch ein internationaler Freund aller Menschen und aller Nationen sein kann.

Wir entbehren in ihm als einem der Männer in der französischen Partei, der immer" und zu allen Zeiten das Höchstmaß der Annäherung auch an uns, an unsere Partei und ihre Notwendigkeiten vertreten und vorwärts zu treiben versucht hat. Wir verlieren in ihm das große menschliche Beispiel, das uns immer Vorbild sein wird in unserem eigenen Kampf."

Der Parteitag sandte an die französische Sozialistische Partei das folgende Telegramm nach Paris:

An Sozialistische Partei Frankreich (S.F.J.O.), Redaktion "Populaire", Paris:
~Die auf ihrem Jahresparteitag versammelten 350 Delegierten der Landesorganisation Hamburg der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bekunden ihre tiefste Anteilnahme am Tode des Genossen Léon Blum.

Sie geben ihrem Willen feierlich Ausdruck, dem Beispiel dieses großen Menschenfreundes und Staatsmannes in seinem unermüdlichen Wirken für die Idee des Sozialismus, des Friedens und der Freiheit für alle Völker treu zu bleiben.

An Léon B l u m s Grab geloben wir, daß sein Geist gleich Jean J a u r è s immer in uns lebendig bleiben wird.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesorganisation Hamburg."

Durch Erheben von den Plätzen wurde die Zustimmung zu dieser Kundgebung gegeben.

Die Sozialdemokratie im Kampf um Deutschland und Europa

CARLO SCHMID

Genossinnen und Genossen!

Als letzten Herbst zu Bonn die Regierung konstituiert wurde, da waren viele der Meinung, daß die Sozialdemokratische Partei unbedingt mit von der, Partei sein müßte. Auch in Kreisen unserer Partei, bei erfahrenen, bewährten Parteigenossen, war die Meinung weitgehend vertreten, daß eine so große Partei wie die Sozialdemokratische Partei, daß die Partei, die doch so gut wie allein geschlossen und ohne Nebenbindungen die Interessen der Arbeiterschaft vertritt, nicht aus der Regierung und nicht aus der Verantwortung wegbleiben dürfe. Man war der Meinung, daß dies im Interesse des Volkes, im Interesse der Arbeiterschaft notwendig sei, und insbesondere deswegen, weil man nicht den anderen die Möglichkeit lassen dürfe, den Staatsapparat allein zu konstituieren.

Die Körperschaften der Partei, der Parteivorstand, der Parteiausschuß und die Fraktion haben sich auf einen anderen Standpunkt gestellt. **Sie haben übereinstimmend beschlossen, unter den Umständen, wie sie durch die Wahl vom 14. August geschaffen worden waren, nicht in die Regierung zu gehen, sondern ihre Stellung in der Opposition zu beziehen.**

Es gab törichte Leute in Deutschland und im Ausland, die glaubten, daß dieser unser Entschluß nichts anderes sei als eine Art verschämten Schmollens, als Ausdruck des Mißvergnügens darüber, daß uns bei den Wahlen das Kriegsglück nicht hold war. Manche glaubten sogar, unsere Haltung als schlaue Kennzeichen zu müssen. Sie glaubten, unser Nein, unser Entschluß, in die Opposition zu gehen, entspringe der Auffassung, daß wir durch ein möglichst negativistisches Treiben im Bundestag agitatorisch unsere Chance für die nächste Wahl verbessern könnten.

Alle diese Leute täuschen sich. **Unser Entschluß, in die Opposition zu gehen, hatte nichts zu tun mit Enttäuschung, hatte nichts zu tun mit Mißvergnügen, hatte überhaupt nichts zu tun mit Gefühlen.**

Die Sozialdemokratische Partei mag ihre Fehler haben, sie mag da und dort nicht das absolute Richtige tun, aber in einem unterscheidet sie sich von den anderen Parteien zu ihrem Vorteil, nämlich darin, daß die politisch verantwortlichen Gremien der Partei sich bei ihren Entscheidungen nicht von Stimmungen leiten lassen, sondern von Erkenntnissen.

Und so haben wir uns auch bei dieser Entscheidung ausschließlich von Erkenntnissen leiten lassen.

Und welche sind das gewesen?

In einer Gesellschaft wie der unsrigen, die - in ganz Europa wie auch in Nordamerika sichtbar - bestimmt ist durch die Tatsache, daß immer mehr und mehr der Prozeß der Vermassung Platz greift, besteht die Gefahr, daß die Menschen sich vom Staat zurückziehen, weil der Weg von ihnen zum Staat immer größer wird, weil die natürlichen, geschichtlich gewachsenen Zwischenglieder immer mehr und mehr sich in der Vermassung aufgelöst haben.

In einem solchen Falle gibt es im Grunde nur zwei technisch-politische Möglichkeiten, die Massen mit dem Staat zu verbinden. Die eine, indem man die Massen domestiziert, indem man sie zu den passiven Trägern einer kommandierten Staatsmaschine macht, wie es in den autoritären und totalitären Staatssystemen der Fall ist. Die andere Möglichkeit ist die, daß man den Staat ausbaut zu einer parlamentarischen Demokratie, die nicht die Honoratiorendemokratie des 19. Jahrhunderts ist, nicht der Senatorenparlamentarismus der guten alten Zeit, sondern eine radikale parlamentarische Demokratie.

Und eine radikale parlamentarische Demokratie bedeutet, daß man die Probleme, die die Zeit aufwirft, daß man die Spannungen und Krisen, in die die Zeit uns stellt, daß man die Gegenläufigkeit der Interessen austragen und auskämpfen muß in der offenen Feldschlacht der Parlamentsdebatten, nicht hinter den verschlossenen Türen der Fraktionszimmer.

Nur dann besteht eine Chance, daß das Volk auch in einer vermassten Gesellschaft sich als unmittelbar auf das Leben des Staates und seiner Organe hin bezogen betrachtet. Ein anderes Mittel gibt es nicht. Darüber muß man sich klar sein.

Eine solche radikale parlamentarische Demokratie geht aber nicht, wenn nicht eine starke Oppositionspartei der Regierungsmehrheit gegenübersteht.

Und zwar die Opposition einer Partei, die an und für sich auch in der Regierung sein könnte, nicht die Opposition einer Partei, die den Staat und das politische Gefüge dieses Staates prinzipiell negiert.

Mit Kommunisten und Nazis in der Opposition kann man keine parlamentarische Demokratie machen. Das ist eine Bürgerkriegssituation, die man mit Mitteln des Bürgerkrieges liquidieren muß und sei es eines kalten Bürgerkrieges.

Aber eine parlamentarische Demokratie, das heißt ein Zusammenspielen der staatsbeherrschenden Kräfte, die polar einander gegenüber- und nicht sich gegenüberstehen, als sich gegenseitig verneinend. Das ist nur möglich, wenn auch die Opposition getragen wird von einer Partei, die ebensogut oben auf den Regierungsbänken sitzen könnte. **Diese Oppositionsfunktion, die wir übernommen haben, ist nicht eine Funktion minderen Ranges als die Funktion, die die Regierungsparteien übernommen haben.**

Opposition ist nämlich in einer lebendigen parlamentarischen Demokratie eine positive Staatsfunktion. Ich möchte sagen, ein Staat ist nur dann im echten Sinne als Demokratie möglich, wenn er neben der Regierung die Opposition mit als zum Staatsapparat gehörig betrachtet.

Und wir betrachten uns in der Opposition als ebenso schwer in der Verantwortung stehend, wie wir gern hätten, daß sich die Regierungsparteien immer betrachten möchten.

Wir sind nicht die Bremser am Wagen der Regierung.

Wir sind nicht jene, deren einzige Aufgabe ist, zu sagen, was ihr tut, ist falsch.

Wir sind der andere Bewegter der deutschen Politik.

Und daneben sind wir der Wächter, dessen Warnruf hindert, daß die Mehrheitsparteien der Bequemlichkeit des bloßen Opportunismus verfallen.

Und dann ist noch etwas von besonderer Bedeutsamkeit. Wir dürfen bei allen Betrachtungen über die möglichen Methoden einer deutschen Politik nie vergessen, daß wir ja unter Fremdherrschaft leben, daß wir eine Besatzungs-

macht hier haben und daß die deutschen Regierungen sich ja immer wieder reiben werden, nicht nur an den Widerständen innen im Volk und im Land, sondern immer auch an den politischen Wünschen der Besatzungsmächte.

Und da besteht die Gefahr für jeden, der in der Regierung steht in Deutschland, seien es wir, seien es andere, daß man sich auf die Linie des geringsten Widerstandes begibt, daß man dort nachgibt, wo der Widerstand von außen kommt, wo der Widerstand am schwersten zu brechen ist und daß man, um diesem Widerstand nicht begegnen zu müssen, die deutschen Interessen nicht so hart verteidigt, wie sie heute verteidigt werden müssen.

Wenn wir nicht in der Opposition stünden, Genossinnen und Genossen, dann wäre die Macht des Petersbergs wesentlich größer als sie heute ist. Und dieser Entschluß, in die Opposition zu gehen, erschien uns nach dem Resultat der Wahlen vom 14. August als die einzig ehrliche und die einzig sachlich mögliche Lösung des Problems.

Man kann gegen Argumente, die einer vorbringt, mit List zu kämpfen versuchen. Aber mit keiner List der Welt kann man Fakten aus der Welt schaffen. Man kann gegen Realitäten nicht mit Schlaueit spielen wollen, und eine Realität ist nun einmal die Realität vom 14. August, daß das deutsche Volk in seiner Mehrheit sein Vertrauen nicht uns geschenkt hat, sondern der bürgerlichen Rechten.

Das ist nicht gut für das deutsche Volk, aber es hat nun einmal so entschieden, und es gehört in die Demokratie hinein, daß man dem Volk das Recht gibt, sich auch gegen seine Interessen zu entscheiden. Das ist nur scheinbar paradox.

Und weiter hat diese Wahl ergeben, daß innerhalb der bürgerlichen Parteien das Schwergewicht des politischen Potentials sich auf dem jeweils rechten Flügel dieser Partei geformt hat. Das mußte man erkennen, und wenn man das erkennt, mußte man die Konsequenzen anerkennen, die sich daraus ergeben mußten.

Sehen Sie, ich bin fest davon überzeugt, daß auf der Rechten eine Reihe von klugen Leuten gar nicht so beglückt gewesen ist über diesen Wahlsieg. Denn ein solcher Sieg zwingt ja, zu zeigen, was man kann. Wenn man eine Wahl gewonnen hat, kann man beim Portepée gefaßt werden und kann einem der Wähler sagen, du hast im Wahlkampf das versprochen, jetzt hast du die Mehrheit, erfülle dein Versprechen. Das ist keine angenehme Situation für Parteien, deren Drahtzieher ganz andere Vorstellungen haben, als die Wähler dieser Parteien.

Wir meinten also, man dürfe der Rechten diese schwere Last nicht abnehmen. Sie war dazu zu zwingen, zu regieren.

Entweder sie kann es, dann ist es ja gut, dann war ja diese Wahl das, was im Interesse des deutschen Volkes lag, oder sie kann es nicht - und nach den bisherigen Erfahrungen fürchte ich, daß sie es nicht kann -, dann wird dadurch geklärt, was auf der einen Seite steht und wofür die andere Seite strebt. Dann werden bei der nächsten Wahl die Wähler in Deutschland sichere Grundlagen für ihr Urteil haben, als sie es am 14. August hatten, wo man ihnen noch einreden konnte, es gehe bei dieser Wahl um das Seelenheil ihrer Kinder, während es darum ging, wer die Kosten des Dritten Reiches bezahlt, der reiche Mann oder der arme Mann.

Die Besatzungsmächte haben letzten Herbst mächtig an uns Sozialdemokraten herumgeknetet und haben uns einzureden versucht, die größte Dummheit, die wir machen könnten, sei, nicht in die Regierung zu gehen. Es war erstaunlich, welche Beflissenheit da obwaltete, und auch jetzt fangen sie wieder

an, uns gut zuzureden. Einer der bekanntesten Politiker Westeuropas sagte mir: Es wäre doch nicht gut, wenn die erste deutsche Regierung Regierung Adenauer hieße. Ich habe ihm gesagt: Besser die erste als die zweite (sehr richtig), und ich glaube, daß das nicht falsch gedacht gewesen ist.

Sehen Sie, wenn wir uns in die Koalition mit der CDU begeben hätten, was wäre dann eingetreten? Wir Sozialdemokraten können doch, so wie die Musterkarte unserer Partei nun einmal ist, eine Koalition nur eingehen auf Bundesebene mit der CDU. Die CDU kann sich koalieren mit uns und mit rechts. Sind wir mit ihr in einer Koalition und sind wir dabei nicht wesentlich stärker als sie, dann stehen wir doch jede Woche vor der Frage, entweder faule Kompromisse zu schließen und unsere Proleten zu verraten oder jede Woche eine Regierungskrise heraufzubeschwören. Denn die CDU wird uns doch sagen können: Ja, wenn ihr nicht wollt, wir können regieren mit anderen. In diese Situation des schon mit dem ersten Ja zur Koalition virtuell Erpreßten konnten wir uns nicht begeben, wir hätten uns damit zum Gefangenen des Koalitionspartners gemacht.

Und wenn Sie in der Presse lesen und wenn Sie draußen in Versammlungen hören, Genossinnen und Genossen, daß es doch jetzt an der Zeit wäre, daß sich die SPD mit der linken CDU zu einer Koalition zusammantut, dann glauben Sie das nicht. Der Standpunkt der Partei ist völlig klar:

Die Sozialdemokratische Partei wird sich an einer Regierung nur beteiligen nach Neuwahlen, und nach Neuwahlen nur dann, wenn diese Wahlen uns ein klares Mandat erteilen. (Sehr richtig, Beifall.)

Dieses Mandat werden wir dann als einen Auftrag ansehen, als einen Ruf, dem wir folgen werden. Aber wir werden nicht mit Fiktionen operieren, es muß schon ein deutliches Mandat sein, wenn wir in die Regierung gehen sollen. Jede andere Entscheidung wäre falsch, wäre falsch an und für sich und wäre insbesondere falsch von den Interessen der Arbeiterschaft aus gesehen.

Denn sehen Sie, Genossinnen und Genossen, dadurch, daß wir in der Lage waren, von der Opposition aus zu operieren, haben wir sehr viel mehr erreichen können, als uns möglich gewesen wäre, von einer labilen Koalition aus zu erreichen. Wir hätten das Wohnungsbaugesetz nicht so bekommen, wie wir es jetzt bekommen haben, wenn wir in der Regierung gesessen hätten, und noch vieles andere dazu.

Wir haben, wie ich zu Beginn schon sagte, das In-die-Opposition-Gehen vom ersten Tage aus angesehen als ein In-die-Verantwortung-Gehen. In eine spezifische Verantwortung, die nicht geringer ist, als unsere Verantwortung wäre, wenn wir in der Regierung säßen. Und wir haben es getan, im Wissen, daß wir von der Opposition aus die staatlichen Dinge genau so formen und zu gestalten haben, zumindest im Versuch, wie wir es müßten, wenn wir in der Regierung säßen.

Sehen Sie, da gibt es eine Sache zu tun heute. Wir müssen den Stil dieser parlamentarischen Demokratie, die das Grundgesetz wollte, bestimmen. Eine Verfassung ist ja für sich allein noch nichts Lebendiges. Man kann da die schönsten Dinge hineinschreiben, was die Verfassung als gelebte Wirklichkeit ist, das bestimmt sich weniger von ihrem Text aus, als von dem aus, was die politischen Kräfte, die im Lande wirken, aus diesem Text machen.

Nehmen Sie die skandinavischen Demokratien. Die haben uralte Verfassungen aus dem Anfang des 19. Jahrhunderts, zum Teil, weil aber dort Demokratien mit diesen alten Texten umgehen, ist doch dort das Verfassungsleben so modern wie irgendwo es mit einer nagelneuen Verfassung sein könnte.

Wir haben heute in besonderem Maße die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß nicht mit äußerlich demokratischer Tünche bei uns in der Bundesrepublik ein autoritäres oder ein bürokratisches Regiment aufgerichtet, wird. Denn es ist doch so, daß die bürgerliche Mehrheit, die wir in Deutschland haben, der Meinung ist, daß die Hauptaufgabe sei, Ruhe und Ordnung im Staate zu haben.

Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, das ist doch die Parole dieser bürgerlichen Parteien, während **unsere Parole doch sein muß, Unruhe ist die erste Bürgerpflicht heute.**

Unruhig muß unser Herz sein allem dem gegenüber, was nicht getan wird, zum Teil nicht getan werden kann, aber getan werden sollte, und das bedingt, daß wir dafür sorgen müssen, daß der Bundestag an allen wichtigen Entscheidungen der Regierung beteiligt wird, das bedingt, daß wir uns quer legen, wenn sich **die Mehrheitsparteien auf die Legislative im engen strikten Sinne des Wortes beschränken wollen.**

Dieser Bundestag ist zwar in erster Linie ein legislatives Organ, daneben ist aber auch das Tribunal, vor dem die Regierung sich zu rechtfertigen hat, und wir sind der Meinung, daß die Regierung sich nicht nur zu rechtfertigen hat für das, was sie getan hat, sondern für das, was zu tun sie vorhat. Mit anderen Worten, die Regierung hat an den Bundestag nicht nur zu bringen, was gestern schon in der Zeitung stand, sondern sie hat den Bundestag rechtzeitig und vor ihren Entscheidungen über ihre Absichten zu unterrichten, und der Bundestag hat sich darüber seine Meinung zu bilden, und die Regierung muß sich diese Meinung gefallen lassen. Wenn man das nicht akzeptiert, dann kommt man zu einem Regime, wie es der Bundeskanzler zumindest gestern noch uns zu schenken vorhatte.

Ich glaube, er hat es zu gut mit uns gemeint, mit seiner Absicht, uns zu schonen, mit seiner Opferbereitschaft, alles auf seine schmalen Schultern zu nehmen (Heiterkeit), uns von der Verantwortung zu entbinden und seine Entschlüsse auf einsamen Wanderungen auf dem schmalen Grat seines Gewissens zu fällen. Bei solchen Dingen kommt nichts heraus als das tägliche Interview oder das tägliche Dementi (Heiterkeit). Das ist keine gute Sache, und es geht ein bißchen gegen die Ehre eines Parlaments, das sich respektiert, wenn es wichtige Vorhaben des Kanzlers aus dem dritten Abdruck einer amerikanischen Provinzzeitung erfahren muß (sehr gut).

Wir meinen, daß, wenn der Kanzler und diese Regierung ein bißchen Respekt vor dem Parlament hätten, dann müßte das Parlament der Ort sein, an dem der Kanzler seine Absichten zuerst äußert. (Sehr richtig, Beifall.) Vielleicht könnte er eine Stunde oder einen Tag vorher seine Absichten im Kabinett vortragen.

Und da will ich ihnen eine kleine Geschichte erzählen, die so nett ist, daß ich sie nicht bei mir behalten kann:

Neulich war er bei einer sehr hochgestellten Persönlichkeit und besprach mit ihr das Problem des Mitbestimmungsrechtes. Und da sagte ihm diese Persönlichkeit: Wie wäre es, Herr Bundeskanzler, wenn Sie damit anfangen, das Mitbestimmungsrecht ihren Ministern im Kabinett zu geben (Beifall).

Darüber hinaus, Genossinnen und Genossen, muß die Regierung spüren, daß das Parlament sich als den Souverän hier kennt, daß es nicht so ist, wie die Regierungsparteien es bisher wollten, daß die Vermutung für Zuständigkeit der Regierung und gegen Zuständigkeit des Parlaments spricht sondern umgekehrt, daß das Parlament überall das erste Recht hat und die Regierung selber nur abgeleitete Rechte. (Sehr richtig.)

Wenn man glaubt, wie das die bürgerlichen Parteien in den letzten Monaten

noch behaupteten, daß sich die Befugnisse des Parlaments, die Kontrollbefugnisse, beschränken auf die sogenannte Haushaltskontrolle, dann irren die Leute, wenn sie glauben, daß wir ihnen auf diesem Felde folgen werden. Die Haushaltskontrolle ist eine wichtige Sache. Ein wichtiges Recht des Parlaments, aber das gab es schon vor 150 Jahren. Und wir meinen, daß man auch in puncto Technik der Parlamentskontrolle seitdem ein Stückchen weitergekommen sein sollte, und insbesondere glauben wir, daß man bei all diesen so lauten Bekenntnissen zur Demokratie, die man überall hören kann, den Drang spüren sollte, vom alten Obrigkeitsstaat wegzukommen.

Wir haben, um hier eine Bresche zu schlagen, eine Reihe von Dingen unternommen, die ich hier im einzelnen nicht darstellen kann. Ich müßte Ihre Aufmerksamkeit zu lange in Anspruch nehmen. Aber es hat sich nunmehr folgendes gezeigt, daß unsere Vorstöße, die am Anfang fast überall bekämpft worden sind von der bürgerlichen Seite, schließlich doch ihre Früchte zu tragen beginnen.

In den Debatten der letzten 14 Tagen ist schon recht deutlich geworden, daß dieses Parlament langsam Selbstbewußtsein gewinnt. Nicht von sich aus hat es dieses Selbstbewußtsein bekommen, sondern weil wir von der Sozialdemokratischen Partei jeden Tag ihm eingehämmert haben: Wenn ihr an die Regierung keine Ansprüche stellt, wenn ihr die Regierung nicht stellt, wenn ihr euch nicht fühlt als die Regierung, dann hat es keinen Sinn, daß wir hier sind. Dann mangelt euch die erste und wichtigste Voraussetzung aller lebendigen Demokratie, dann mangelt euch der Wille zur Selbstachtung.

Der einstimmige Beschluß des Bundestages, den Bundeskanzler zu ersuchen, ein Bundesamt für das Auswärtige zu errichten, das war nicht nur ein Beschluß organisatorischer Bedeutung. Das war eine scharfe Zensur, die das Parlament dem Bundeskanzler ausgesprochen hat. Denn durch diesen Beschluß ist doch nicht mehr und nicht weniger gesagt worden, als: die Art und Weise, wie du, Bundeskanzler, bisher Außenpolitik gemacht hast, taugt nichts. Du mußt einen Mann ernennen, der dich berät und der es besser kann als du.

Und damit bin ich, Genossinnen und Genossen, bei dem Bereich der Außenpolitik. **Wir hören so oft heute im Inland, aus der Sphäre der Länder heraus hauptsächlich und aus dem Ausland, auch aus dem wohlwollenden Ausland, wir sollten uns doch nicht so viel um Außenpolitik kümmern.** Das sei nichts für uns, da verbrauchten wir unsere Kräfte, und da stießen wir überall an. Wir sollten doch unsere Energien konzentrieren und beschränken auf innenpolitische Dinge: Lohnprobleme, Flüchtlingswesen, Lastenausgleich usw. Das sei viel besser, und die Außenpolitik sollten wir ignorieren bzw. wir sollten sie uns nichts angehen lassen. Das ist zum Teil gut gemeint. Ich sage das ohne Ironie. Zum Teil aber ist es nicht gut gemeint,

Sehen Sie, Genossinnen und Genossen, bestimmte Dinge sind nicht dadurch wegzuschaffen, daß man nicht hinschaut. Die Wirkungen der Schwerkraft z. B. kann man nicht dadurch gegenstandslos machen, daß man sie ignoriert. Und ein Volk kann sich durch den bloßen Entschluß, sich um die außenpolitischen Gravitationsfelder nicht zu kümmern, den Anziehungs- und Abstoßungskräften dieser Gravitationsfelder nicht entziehen. **Ob ich will oder nicht, als Volk will oder nicht, ich stehe in der Außenpolitik, und ich habe nur die Wahl, mich an der Schaffung ihrer Grundlagen mit zu beteiligen oder das Monopol dafür den anderen zu überlassen.** Und ich meine, daß gerade eine sozialdemokratische Partei das letztere nicht tun darf. Denn das Wort des alten R a n k e vom "Primat der Außenpolitik" gilt heute genau so wie zu jenen Zeiten.

Dahin zu kommen ist schwierig, man braucht dazu viel Takt und Geduld, man braucht dazu aber auch Phantasie, und bei allem Bewußtsein von den Grenzen, die uns heute noch gesteckt sind, braucht man dazu das Bewußtsein unserer Kraft (sehr richtig). **Mit defaitistischen Gefühlsregungen und Stimmungen kann gerade ein Volk unter Fremdherrschaft nicht existieren.**

Im Grunde also handelt es sich darum, neue Wirkungsmittel und neue Formen für die Außenpolitik zu finden. Wir sind darauf angewiesen, ein System und Methoden der Politik eines Volkes unter Fremdherrschaft zu finden, eines Volkes, das diese Fremdherrschaft aus guten Gründen akzeptiert. Mit anderen Worten, wir müssen versuchen, zu entdecken, welche Art von Machtmitteln uns zu Gebote stehen. Von Machtmitteln, die völlig anderer Art sein müssen notwendigerweise, als man früher so bezeichnet hat.

Und lassen Sie mich dabei eine kleine Abschweifung machen. In letzter Zeit wieder ist die ausländische Presse voll von Dialogen, soll man die **Deutschen remilitarisieren**, soll man sie nicht. Im Londoner Unterhaus hat man darüber stundenlang debattiert. Und wenn wir auch Mr. **Churchill** für die gute Meinung, die er gelegentlich von uns hat, dankbar sein können und wenn uns auch die recht überhebliche Art von Mr. **B e v i n** gelegentlich auf die Nerven geht (sehr richtig), so **möchten wir** doch sagen, daß dieses Problem **unsere Sache ist und nicht die anderer Leute** (sehr richtig).

Die Leute werden sich daran gewöhnen müssen, daß im Deutschland von heute recht viele Dinge ganz anders sind, als im Deutschland nach 1919. Sehen Sie, während es nach 1919 doch sehr weit verbreitet und tief ins Volk eingehend so etwas wie eine Militärseligkeit gab, die sich zum Ausdruck brachte in hundert und aber hundert Regimentsvereinen und ähnlichen Dingen, ist es doch heute ganz anders. Und wenn heute Leute gelegentlich von deutschen Divisionen sprechen, so meinen sie das weniger im Sinne von "Heil dir im Siegerkranz" und "Deutschland hoch in Ehren", sondern dann meinen sie das mehr im Sinne eines Gendarmismus. Sie sehen dort drüben im Osten einen bedrohlichen Räuber. Der hat nicht nur Brechstangen, sondern der hat Maschinengewehre und Panzer, und so möchten sie eben auch eine Gendarmerie haben, die auch Maschinengewehre und Panzer hat. Von den Divisionen an aufwärts ist es aber nun eben keine Polizei mehr.

Es ist bezeichnend, welche Leute sich solche Gedanken machen und welche Leute sich gar keine Gedanken machen über die deutsche Jugend, jene, die noch aus diesem Krieg heimgekommen sind. Und was die Ausländer am meisten verblüfft, bis zum tiefsten Erschrecken verblüfft, ist, daß, wo auch immer sie auf den Busch klopfen, sie die Antwort bekommen: Ohne uns! (Beifall.)

Denn diese deutsche Jugend möchte nicht Fremdenlegion für irgend jemand sein, und diese deutsche Jugend hat auch keine Lust, hier zwischen Elbe und Rhein hinhaltend zu kämpfen, bis die letzte Atlantikwall-Division über Gibraltar sich nach Nordafrika abgesetzt hat (Beifall). Und dazu kommt noch etwas anderes.

Wir haben in Deutschland zum erstenmal das Glück, den Kommiss in fremden Uniformen bei uns herumtrampeln zu sehen (Beifall). Das gibt uns, unseren Augen den Blick, unseren Augen einen scharfen Akzent. Wir sehen das spezifisch Kommissige sehr viel deutlicher heute, weil wir es nämlich heute verachten können, ohne uns mit dabei verachten zu müssen. Das hat etwas in der Art, mit der die Deutschen sich dem Phänomen Militär gegenüber konfrontieren, recht erheblich verändert.

Vor drei Wochen war bei mir einer der bekanntesten amerikanischen Jour-

nalisten, um über diese Dinge mit mir zu sprechen, und er meinte, 15 Divisionen sollten wir doch stellen, das sei das mindeste. Wir könnten doch die Verteidigung Europas nicht allein den Amerikanern überlassen, von den anderen wolle er lieber nicht reden.

Und ein guter Freund, **K o o s V o r r i n k**, der erste Vorsitzende der Sozialdemokratie in Holland, war auch sehr traurig, als er uns sprechen hörte, und sagte: Ihr könnt uns doch nicht allein lassen.

Ich habe ihm gesagt: Das tut mir leid, aber wir müssen euch allein lassen aus einer ganzen Reihe von Gründen.

Einmal aus **innerpolitischen Gründen**, gebrannte Kinder fürchten das Feuer. Wir hatten schon mal nach dem ersten Weltkrieg einen General von Seeckt und eine Reichswehr, und so wie die Dinge in einem an seinen Grenzen unmittelbar militärisch bedrohten Staate liegen, dessen Volk im Gefühl des Besiegtwordenseins leben muß, wird die Wehrmacht notwendig zum eigentlichen Machthaber im Staat (sehr richtig), mehr oder weniger sichtbar, aber immer wenn es um den Grenzwert geht, wirksam. **Das ist nun einmal so, und wir möchten diesmal unsere Demokratie ohne Reichswehr einrichten.**

Sehen Sie, ich mag mich täuschen, aber es ist nun mal meine Meinung, an dem Tag, an dem hier im Westen die erste deutsche Infanteriekompagnie aufgestellt worden ist, machen die Russen den Präventivkrieg. Vielleicht machen sie das sowieso, das steht im Anstand. Aber wenn wir hier wieder aufrüsten, machen sie ihn sicher. Und da lieber die düstere und quälende Ungewißheit als die blutige Gewißheit. Was haben wir davon, wenn man uns sagt: Natürlich kommen die Russen bis Bordeaux, aber dann, zwei Jahre später, kommen wir zum Gegenangriff. Ich sagte dem Journalisten, ich bin überzeugt, daß Ihr Gegenangriff kommt, aber leider werden wir dann keine Augen mehr haben, um zu sehen, wie die Russen laufen.

Der Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei in diesen Dingen ist völlig klar: Wir wollen keine irgendwie geartete Remilitarisierung **Deutschlands** (Beifall).

Die Mächte müssen sich damit abfinden und sie müssen ihre Politik so einrichten, daß ihre Gleichungen aufgehen, ohne daß darin einige Posten deutscher Divisionen enthalten sind.

Das ist unbequem für sie, aber, Genossinnen und Genossen, gescheite Leute hüten sich vor nichts mehr als vor totalen Siegen.

Und nun, Genossinnen und Genossen, will ich versuchen, aufzuzeigen wie die Sozialdemokratische Partei die Notwendigkeiten und die Möglichkeiten einer deutschen Außenpolitik sieht.

Zuerst eine Erklärung allgemeiner Art. Was die Deutschen tun und was man mit den Deutschen tun soll, das kann man von drei Gesichtspunkten aus betrachten: Vom Gefühlsgesichtspunkt und Standpunkt aus, vom moralischen Standpunkt und vom politischen Standpunkt aus.

Wenn wir vom Gefühlstandpunkt ausgehen, dann kann kein Deutscher sich über etwas beklagen, was uns angetan worden ist oder angetan wird von den Siegern dieses Krieges, wenn er bedenkt, was unsere Nachbarvölker in deutschem Namen alles haben leiden müssen. Nicht durch uns, aber durch Leute, die wir nicht daran gehindert haben, sich so aufzuführen.

Und wenn man die Dinge vom Moralischen aus ansieht, ist es nicht anders. Aber es ist ja für Menschen, die sich für die Zukunft verantwortlich fühlen, klar, daß man vom Gefühlsmäßigen und vom Moralischen Abstand nehmen muß, wenn man sich daran machen will, die Zukunft zu gestalten.

Hier muß man nämlich politisch handeln. Und nach allen Erklärungen der

Siegermächte können wir dessen versichert sein, daß sie entschlossen sind, politisch zu handeln. Aber wenn man das Verhältnis zu Deutschland politisch gestalten will, dann muß man auf gewisse Dinge verzichten und muß man sich bemühen, auf die Folgen dessen zu achten, was man tut.

Wenn man das Verhältnis zu Deutschland politisch gestalten will, so bedeutet das, man muß scharf trennen zwischen Liquidation der Vergangenheit und Fundamentierung der Zukunft. Man kann das eine tun und das andere, man kann es aber nicht gleichzeitig tun und kann es insbesondere nicht innerhalb der gleichen Institution gleichzeitig tun wollen.

Zweitens muß die Vergangenheit liquidiert werden, sonst schwelt alles Böse weiter, was sie geschaffen hat. Aber sie muß so liquidiert werden, daß die Zukunft auf ein festes Fundament gebaut werden kann. Und man muß sich dabei so verhalten, daß auf alle Fälle vermieden wird, daß in dieses Fundament Bomben mit Zeitzündung eingemauert werden. Und die Zukunft, die es zu entwerfen gilt, deren Fundament heute gelegt werden müßte, muß eine Zukunft sein, die von allen, nicht nur den Siegern, sondern auch von den Besiegten frei akzeptiert werden kann.

Das setzt voraus, daß man den Mut hat, diese Zukunft in eine Ebene hinaufzuführen, auf der die Konfliktstoffe, die gestern die großen Brände und Feuersbrünste verursacht haben, gegenstandslos werden, wo diese Konfliktstoffe ihre Wirkung verlieren.

Die Konfliktstoffe, die zwischen den verschiedenen Nationen lagern, konnten deshalb zu Feuersbrünsten führen, weil dieses Europa auf dem Prinzip des Nationalstaates aufgebaut war. Deswegen konnten diese Konfliktstoffe, die teils historisch, teils elementar vorhanden waren, sich in der Weise auswirken, die wir kennen. **Wenn das für die Zukunft vermieden werden soll, dann muß das politische Geschehen dieses Kontinents von der Ebene des Nationalstaates heraufgehoben werden auf die kontinentale, das heißt die europäische Ebene.** (Sehr richtig, Beifall.)

Darüber ist sich heute fast jeder klar, wenngleich die Vorstellungen davon, was dieses Europa sein soll, reichlich unklar geblieben sind. Und noch unklarer, noch undeutlicher, die Vorstellung von den Wegen, die uns zu diesem Europa führen müssen.

Da gilt es folgendes zu beachten. Und das, Genossinnen und Genossen, sind **Kardinalpunkte für die außenpolitischen Methoden, zu der sich die Sozialdemokratie bekennt:** Man darf kein heißes Eisen hinter sich lassen wollen.

Man kann nicht nach Europa gehen, ohne die heißen Eisen, die zwischen uns hier und Europa liegen, anzufassen. Und wenn man glaubt, hier schlau sein zu können und nach der Methode bewährter Verwaltungsbeamter zu verfahren, eine Sache erledigt sich durch langes Liegenbleiben von selbst, dann täuscht man sich. Im administrativen Bereich mag dieser Satz gelten. Im politischen Bereich gelten andere Gesetze. Dort erledigen sich liegen-gelassene Dinge nicht, sondern dort werden sie zu eitrigen Abszessen und vergiften den ganzen sozialen Körper tödlich.

Man muß also die heißen Eisen anfassen, auch dann, wenn man weiß, daß das eine unangenehme Angelegenheit ist. Tut man das nicht, dann laufen sie einem nach, und irgendwann brennt es dann wieder, und Abszesse, die sich schon gebildet haben könnten, muß man ausräumen, so schmerzhaft die Operation ist und so wenig man sich beliebt dabei machen mag.

Und dann zweitens, **man muß die Schwierigkeiten in ihrem Schwierigsein erkennen,** und gerade deswegen, weil man sie in ihrem Schwierigsein erkennt, muß man sie anpacken wollen. Drittens darf man nie glauben, daß dort, wo

eine Entscheidung vonnöten ist - und Entscheidungen stehen im Bereich des Politischen immer unter dem Gesetz, daß man sich geirrt haben könnte - überall, **daß man es mit der Schlaueit meistern könnte.** Schlaueit ist im Bereich des Politischen die dümmste und wirkungsloseste Methode. Genau so wie einer, der mit Schlaueit Schach spielen will, damit verrät, daß er vorn Spiel nichts versteht.

Und viertens, Machiavelli sagte einmal, jeder Staatsmann begehe Fehler, gewisse Fehler seien heilbar, einer sei aber nie heilbar, nämlich der Versuch, **die Politik der halben Wege** zu machen. Der halbe Weg führt uns nämlich nicht halb an das Ziel heran, sondern er verbarrikadiert uns die zweite Hälfte endgültig. Deswegen muß man, wenn man sich entscheidet, bei dieser Entscheidung das Ziel anvisieren und nicht einen Meilenstein davor.

Und nur, **fünftens, man muß sich klar darüber sein, daß eine unterschriebene Vereinbarung gehalten werden muß,** gehalten werden muß auch dann, wenn sich die Verhältnisse ändern sollten, die zur Zeit der Unterschrift bestanden haben. Das politische Leben in Europa zwischen den beiden Weltkriegen ist weitgehend dadurch vergiftet worden, daß unsere Außenpolitiker sich der Irrlehre von der Clausula rebus sie stantibus, der sogenannten Klausel der veränderten Umstände, bedienten nach der Devise: Wir können ruhig unterschreiben, später wird man dann sehen, wenn sich die Umstände gändert haben, ist das ein Fetzen Papier gewesen.

Genossinnen und Genossen, **auf eine solche Methode kann man keine Zukunft gründen, auch wenn man vom besten Willen beseelt ist.** Denn mit dieser Methode hat der rechte Winkel eben keine 90 Grad mehr, sondern beinahe 90 Grad, aber eben keine 90 Grad. Und versuchen Sie mal, zu bauen, mit der Annahme, ein rechter Winkel habe nicht genau 90 Grad. Weil es so ist, dürfen wir nur Dinge unterschreiben, von denen wir wissen, wir werden sie auch morgen halten können und wollen, und von denen wir wissen, daß auch unsere Nachfolger sie noch werden halten wollen und halten können.

Das Schlimmste, was wir tun können, ist, wie man es 1919 folgendermaßen gemacht hat: Unterschreiben und am selben Tage eine revisionistische Politik gegen das Unterschriebene zu beginnen. Das mag manchmal unbequem zu hören sein, und mancher mag glauben, daß ich damit an einer entscheidenden Lebenswirklichkeit vorbeisehe, nämlich an der Lebenswirklichkeit, daß die Dinge immer im Fluß sind.

Die Dinge sind im Fluß, Genossinnen und Genossen, aber die Pakte, die die Staaten, die die Völker miteinander schließen, die sind doch in diesen Strömen der Zeit etwas wie die Schleusen, die man in einen Wildbach einbaut. Das Wasser strömt und fließt auch dann, aber es fließt geordnet. Es fließt den Hebeln des Menschen gehorchend, und es strömt nicht herunter wie der Gießbach, der nicht die Mühle treibt, sondern wegrißt.

Ich habe den Eindruck, als ob auf der Seite der Regierungsparteien zu viele Leute glaubten, der ganz große Politiker, der ganz schlaue Staatsmann, der unterschreibt, unterschreibt einfach, und später sieht man dann weiter. **Wir Sozialdemokraten werden alles tun, um diesen Leuten rechtzeitig das Handwerk zu legen.** (Starker Beifall.)

Es wird heute von nichts mehr geredet, als davon, daß das deutsch-französische Verhältnis endlich bereinigt werden müsse. Sicher muß das geschehen. Denn, wenn es nicht bereinigt wird, wohin werden wir dann kommen?

Aber, Genossinnen und Genossen, keine Illusionen auf diesem Gebiet. Zwischen uns und den Franzosen stehen ja nicht regionale Gründe, sondern

zwischen uns beiden stehen Affekte, und Affekte kann man nun einmal leider Gottes mit Vernunftgründen nicht widerlegen, sie sind da. Sie können durch andere Affekte zugedeckt werden, oder sie können unschädlich gemacht werden dadurch, daß man ihre Substrate wirkungslos macht. Wirkungslos macht dadurch, daß man diese Dinge auf eine Ebene hebt, auf der andere mechanische Gesetze gelten, als auf der Ebene, auf der sie gestern waren.

Ich sagte vorher schon, daß wir nur dadurch, daß wir die europäischen Dinge europäisieren wollen, dieses werden leisten können. Und es geht hier nur um die Frage der Priorität.

Ich glaube nicht, daß wir zu Europa kommen, nachdem wir vorher das deutsch-französische Verhältnis bereinigt haben. Wir werden das deutsch-französische Verhältnis entgiftet haben, wenn wir Europa geschaffen haben. (Beifall.)

Für den Franzosen sind wir nun einmal der ewige Eindringling, der ewige Einbrecher. Ob das stimmt oder nicht, spielt keine Rolle. Und für uns sind die Franzosen nun einmal der ewige Neidling, den wir immer auf unserem Weg finden, wo wir uns selber suchen. Ob das stimmt oder nicht, spielt keine Rolle. Das ist die Affekt-Wirklichkeit, unter der wir hier stehen.

Aber wenn wir dieses Verhältnis auch nicht ausräumen können, gesund machen können, ehe wir Europa haben, so müssen wir doch sehr darauf achten, daß wir heute schon dieses Verhältnis ordnen, daß wir es in eine vernünftige Ordnung zu bringen versuchen, indem wir nichts tun im wechselseitigen Verhältnis, was die Bildung Europas erschweren könnte oder was die Bildung Europas gar unmöglich machen könnte oder was uns nur ein Europa beschieren könnte, das im Keim schon krank ist.

Und sehen Sie, wenn wir von Europa sprechen, wir Sozialdemokraten, dann meinen wir nicht eine Art von internationalen Kartellen, bei denen sich Monsieur de Wendel und Klöckners Erben die Quoten teilen. Auch dann nicht, wenn Klöckners Erben im Bundestag sitzen. Wir meinen damit nicht die Europa-AG., von der viele Leute träumen, und wir meinen dabei auch nicht diese recht romantische Biedermeierei, die man christlich Abendland nennt. Wir meinen damit etwas recht Nüchternes. Wir meinen damit die Vereinigten Staaten von Europa, etwas ebenso Nüchternes, wie es die Vereinigten Staaten von Amerika sind. Wir meinen damit einen Bundesstaat, so wie die Schweizer Eidgenossenschaft.

Ein Bundesstaat ist begründet auf autonomen Kantonen, ein Bundesstaat, der ein Parlament hat, das vom gesamten Volk gewählt ist, der einen Staatsaufbau hat, in dem die Interessen der Glieder vertreten werden, und der eine gesamteuropäische Regierung hat, die etwas anderes sein muß als der Ministerrat, wie der in Straßburg gegenwärtig tagende.

Wir wissen genau, daß wir das heute noch nicht schaffen können. **Wir wissen genau, daß wir noch über manchen Gaurisankar werden unseren Packen schleppen müssen, bis wir dieses gelobte Land greifbar sehen. Aber wir haben die Verpflichtung, alles, was wir tun, so zu tun, daß es den Weg dorthin frei macht und nicht blockiert.**

Und wir haben uns auch so zu verhalten, daß wir keinen Augenblick vergessen, daß wir dieses Ziel, den Bundesstaat Europa, nur dann erreichen können, wenn wir heute schon in dieser Rechtsfigur zu denken beginnen und nicht, wenn wir es machen, wie es die Engländer gern tun, daß wir glauben, uns damit begnügen zu müssen, Funktionalisten zu sein, das heißt noch gar nicht an eine Konstitution denken, sondern wirtschaftliche Einrichtungen ver-

schmelzen, wirtschaftliche Dinge koordinieren, usw. Daraus werde dann das andere schon folgen.

Genossinnen und Genossen. Vor drei Jahren habe ich an diesen Weg noch geglaubt. Da war ich auch noch der Meinung, wenn man europäische Wirtschaftsunionen macht, kommt das andere von selbst. Nach dem Scheitern des Benelux-Experimentes bin ich klüger geworden. **Wir können nicht damit rechnen, daß ohne Bestehen einer zentralen Gewalt die einzelnen europäischen Völker die Verzicht bringen, die gebracht werden müssen, wenn wir Europa haben wollen** (Sehr richtig).

Ich war im Januar im Haag und habe dort mit dem holländischen Ministerpräsidenten, dem Genossen van Drees, lange gesprochen. Ich wollte von ihm hören, wie das mit Benelux funktioniert. Da sagte er: -Schauen Sie, meinen Sie, ich bringe es fertig, die Rotterdamer Docker dazu zu bringen, auf einen halben Cent zu verzichten, damit Antwerpen als Hafen noch bestehen kann? Ich bringe es nicht fertig."

Dieses Europa, Genossinnen und Genossen, das dürfen wir uns nicht aufdrängen lassen als ein Schema, in das die Liquidation der Vergangenheit eingehen soll. Wenn dieses Europa nichts anderes sein soll, als eine Art von Schlußabrechnung hinter das, was hinter uns liegt, dann soll man gar nicht erst anfangen.

Europa ist nur dann das, was man aus ihm machen will, wenn man es als einen Anfang betrachtet. Also als etwas, das nicht mit dem Blick nach rückwärts, sondern mit dem Blick nach vorwärts angegangen wird.

Wenn man darüber einig ist, dann muß man aber darauf verzichten können, jetzt noch kurz vor Toresschluß unter Ausnutzung der Macht, die der Sieg verliehen hat, sich auf Kosten eines künftigen Europa-Bundesstaates wirtschaftlich und politisch zu bereichern (Beifall).

Wenn man das tut, dann negiert man Europa.

Denn, Genossinnen und Genossen, Europa muß ja ein bißchen mehr sein als ein bloßer Zweckverband, auch wenn wir es ganz nüchtern begreifen. Es muß doch sein ein Gemeinwesen, das sich integriert in den großen Postulaten, in deren Befolgung das Jahrhundert hinter uns groß geworden ist und die da heißen Freiheit, das heißt Selbstbestimmung, Gleichheit, das heißt Verzicht auf Hegemonie, und Brüderlichkeit, die aus diesen beiden anderen hervorgeht.

Das ist keine Utopie, Genossinnen und Genossen, sondern die Voraussetzung dafür, daß wir die Aufgabe Europa überhaupt in Angriff nehmen können.

Europa ist unmöglich, wenn die einzelnen Staaten, die es ausmachen sollen, verschiedenen Rechtes sein sollten. **Man kann in Europa nicht mehr kategorisieren nach Siegern, Neutralen und Besiegten, sondern nur noch nach Europäern** (Beifall).

Wir Sozialdemokraten haben genug Verantwortung und sind illusionslos genug, um zu wissen, daß das Dritte Reich und was in seinem Namen geschehen ist, gewisse Reaktionen der Sieger unvermeidbar gemacht hat. Dagegen lehnen wir uns nicht auf. Die Vergangenheit muß liquidiert werden, und das ist für uns eine schmerzhaft Sache. Wir wehren uns aber dagegen, daß man nicht bereit ist, hier ein klares Ende zu setzen, solange es Zeit ist. Und wir wehren uns dagegen, daß man Unnötiges uns zumutet, das keine andere Wirkung haben kann, als Europa zu lähmen und krank zu machen. Wir wehren uns gegen alles, dessen einziger Zweck ist, Deutschland schwach zu machen und zu demütigen.

Sie wissen, Genossinnen und Genossen, daß die Sozialdemokratische Partei bei zwei außenpolitischen Ereignissen mit besonderer Deutlichkeit Stellung genommen und nein gesagt hat. Bei der Oktroyierung des **Ruhrstatuts** und in diesen Tagen anläßlich der Geschehnisse um das **Saargebiet** herum.

Ich glaube, daß es nötig ist, auch hier klarzumachen, warum die Sozialdemokratische Partei diese Haltung eingenommen hat. Wir werden insbesondere von den ausländischen Genossen um dieser unserer Haltung willen scharf getadelt und gescholten. Der einzige von den bedeutenderen unter ihnen, der unsere Haltung verstanden hat, war Léon Blum, mit dem ich Ende letzten Jahres in einem unvergeßlichen Gespräch diese Dinge behandelt habe. Das Ruhrstatut wird uns gerade von den ausländischen Genossen oft angepriesen. Es sei doch der erste Versuch einer Internationalisierung von Rohstoffen. Als Sozialdemokraten müßten wir doch Internationalisten sein, und deswegen müßten wir doch diesen Versuch, in Deutschland die Kohle, Eisen und Stahl in internationale Verwaltung zu geben, begrüßen, oder seien wir etwa Nationalisten? Und es ist erstaunlich, wie harthörig die Genossen sind, wenn wir ihnen sagen, wenn sich fünf zusammentun, um sich in meinen Garten zu teilen und mir ein Sechstel davon lassen, dann ist das noch nicht Internationalismus (Zuruf: Auch keine Sozialisierung), sondern die Gründung eines Ausbeutungskonzerns.

Wir haben nein gesagt, aus folgenden Gründen: Das Ruhrstatut ist ein seltsames Gemisch von Polizeidenken und kooperativem Denken. Die internationale Ruhrbehörde soll ja nicht nur die Aufgabe haben, Kohle, Eisen und Stahl zu reglementieren, sondern gleichzeitig die Aufgabe, eine Wiederaufrüstung Deutschlands zu verhindern. Beide Aufgaben in einer Behörde. Dieselben Leute müssen also gleichzeitig Gendarm sein und auch Organisator, Organisator im Sinne der Steigerung der Produktion. Wo der Organisator spricht, wird der Gendarm ihn am Ohr ziehen und wo der Gendarm tätig wird, wird der Organisator die Hände über dem Kopf zusammenschlagen.

Mit anderen Worten, dieses Liquidieren der Vergangenheit und Internationalisierung der Kohle- und Stahlproduktion, das geht nicht in eine Institution hinein. Und wir haben gesagt, diese beiden Funktionen müssen getrennt werden. Die militärische Sicherheit muß durch das militärische Kontrollamt wahrgenommen werden, das ja jetzt in Koblenz errichtet wird. Wir sind bereit, ihm alle Kompetenzen zu geben. Neben jede deutsche Fabrik eine Villa für den Colonel. Aber man lasse die Ruhrbehörde ausschließlich tätig sein im Sinne der Organisation der Produktion.

Zweitens, diese Ruhrbehörde hat ungeheure Kompetenzen. Sie kann nicht nur alles, was im Ruhrgebiet geschieht, bestimmen, wieviel Kohle ausgeführt werden darf, wieviel Kohle ausgeführt werden muß, wieviel Stahl der deutschen Wirtschaft zur Verarbeitung gegeben werden darf, wieviel Stahl ausgeführt werden muß. Sie kann nicht nur ein Veto einlegen gegen jede Maßnahme deutscherseits, die die Produktivität der Wirtschaft gefährdet.

Was kann nicht alles die Produktivität der Wirtschaft gefährden? Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft zum Beispiel gefährdet in den Augen mancher Leute notwendig die Produktivität der Wirtschaft, Sozialisierung erst recht. Also nicht nur diese Dinge, sondern die internationale Ruhrbehörde kann gegen jede wirtschaftlich sich auswirkende Maßnahme in Deutschland außerhalb des Ruhrgebietes ein Veto einlegen. Sie könnte zum Beispiel ein Veto einlegen gegen eine Anordnung, die den Frachttarif zwischen Berlin und Hamburg festsetzt.

Sehen Sie, unter solchen Umständen ist eine verantwortliche deutsche Regierungstätigkeit unmöglich. Es mag in normalen Zeiten reibungslos nebeneinander gehen, aber ich möchte sagen, für normale Zeiten braucht man auch fast keine Regierung. Sobald aber die Dinge schwer gehen, sobald man an die Grenze kommt, da wird sich eben die internationale Ruhrbehörde über die deutsche Regierung stellen und sie wird die Entscheidung treffen. Und wir Sozialdemokraten sind der Meinung, daß man so keine Demokratie aufrichten kann in Deutschland.

Und dann sind wir der Meinung, daß man den Menschen den Mißbrauch der Macht nicht so leicht machen sollte.

Durch die Konstruktion des Ruhrstatuts wird Deutschland gewissermaßen der Krisenausgleichstopf. Gibt es zuviel Kohle draußen, dann wird man uns in unserer Kohle erstickten lassen. Gibt es zuwenig Kohle draußen, dann werden alle guten Kohlensorten für den Export bereitgestellt werden müssen. Mit anderen Worten, gibt es irgendwo in der Welt eine Wirtschaftskrise, dann haben die Deutschen sie zu tragen. Aus diesen Gründen haben wir Nein gesagt. Und wir haben auch Nein gesagt, als man uns die Sache dadurch schmackhaft zu machen versuchte, daß man uns sagte, gewiß, auf die Dauer gesehen, ist das unmöglich, aber es ist doch ein Schritt auf Europa hin. Betrachtet doch das, ihr lieben deutschen Brüder, als eine Vorleistung, die ihr um Europa willen tun sollt. Wenn ich der Meinung wäre, daß wir durch Akzeptieren dieses Ruhrstatuts Europa näher rücken, dann würde ich der erste sein, der sagt: Gut, wir machen diese Vorleistung.

Aber, Genossinnen und Genossen, ich bin der genau gegenteiligen Überzeugung. **Dieses Ruhrstatut rückt Europa noch viel ferner, als es schon gerückt war.** Sehen Sie, Europa wird doch nur dann gebaut werden von den Staaten, wenn sie gar keinen anderen Ausweg mehr sehen. Jeder Staat wird doch an dieses Europa entscheidende Souveränitätsrechte abtreten müssen. Das tut er doch nur dann, wenn er dafür etwas wieder bekommt. Wenn er das, was er nur durch eigenen Verzicht bekommen könnte, schon in der Tasche hat, dann wird er doch einen Teufel tun, um selber Verzicht zu bringen. **Mit anderen Worten, das Ruhrstatut macht Europa weitgehend unnötig für eine Reihe von Staaten.**

Vorvorgestern hat in Paris der Auswärtige Ausschuß des französischen Parlaments getagt. Thema: ein Antrag, Ausdehnung der Zuständigkeiten der internationalen Ruhrbehörde auf die Saarkohle, auf das lothringische Erz, die holländische, belgische Kohle usw. Der Auswärtige Ausschuß der französischen Kammer hat diesen Antrag mit 22 zu 9 Stimmen abgelehnt. (Hört, hört.) Sie sehen, wie wenig man dort bereit ist, in unseren Verzicht an der Ruhr bloße Vorleistungen zu erblicken. Es gibt ein Ruhrproblem, das gelöst werden muß.

Wir sind der Meinung, daß diese Lösung nur gefunden werden kann in Verhandlungen mit Deutschland und daß Lösungen, die oktroyiert werden, keine Lösungen sind. Das Erstaunliche war, das Bezeichnende, daß in dem Ausschuß des Bundestags, in dem diese Dinge zuerst behandelt worden sind, vorbehaltlos für die Anerkennung des Ruhrstatuts gewesen ist von der ersten Minute der Beratung ab einer der Hauptkohlenindustriellen und Stahlindustriellen des Ruhrgebiets. Er meinte, na ja, irgendwann käme man ja doch zu einem Stahlkartell, und dann gehe es doch nur um die Quote, und das würde man dann schon erreichen.

Dann zweitens die Haltung der Sozialdemokratischen Partei zum **Saarproblem.** Ich will hier keine Diskussion beginnen über das, was im Saargebiet

an Zuständen herrscht. Ich nehme an, daß es bekannt genug ist, wie im Jahre 1947 die Wahlen stattgefunden haben. Ich brauche das hier nicht darzulegen, ich brauche auch nicht darzutun, daß ein Polizeiregime im Saargebiet herrscht und kein demokratisches System. Ich will hier nur sprechen von einer Auswirkung dieser Dinge, von unserem Verhältnis nämlich zum Problem: Eintritt Deutschlands in den Europarat.

Um es gleich zu sagen, wenn morgen oder übermorgen nichts anderes zur Entscheidung stünde als die Frage, wollt ihr Deutschen nach Straßburg oder nicht, die Sozialdemokratische Partei einmütig sagen würde: Ja.. Wenn man uns aber fragt, wollt ihr eintreten unter der Bedingung, daß auch das Saargebiet mit euch eintritt, dann heißt die Antwort der Sozialdemokratischen Partei: Nein. Warum?

Das Saargebiet ist heute noch politisch und rechtlich gesehen ein Teil deutschen Staatsgebietes, das unter französischer Besatzung steht. Eine Veränderung dieses Zustandes setzt, wenn es mehr sein soll als ein bloßer Gewaltakt, voraus, daß zwischen uns und den anderen Mächten ein Vertrag geschlossen wird, in dem wir uns bereit erklären könnten, das Saargebiet abzutreten. Wenn das Saargebiet in Straßburg aufgenommen wird, so bedeutet das in Auswirkung des Artikels 4 des Europa-Statuts, daß die im Europarat versammelten Staaten das Saargebiet als einen selbständigen Staat anerkennen, und wenn wir mit eintreten, bedeutet es, daß auch wir das Saargebiet als einen selbständigen Staat anerkennen, daß heißt, damit wird mit international-rechtlicher Wirkung das Saargebiet aus dem deutschen Staatsverband herausgelöst. Und da mag man noch so viel Klauseln uns in Aussicht stellen, unter Vorbehalt der Friedensregelung usw. Dadurch werden ja Fakten geschaffen zusammen mit den Saarverträgen vom 3. März, Verpachtung von Kohlengruben usw., gegen die doch kein Friedensvertrag mehr ankommen kann.

Wir Sozialdemokraten weigern uns, bei diesem Trick mitzuspielen. Und wir weigern uns nicht nur deswegen, weil wir eine solche Amputation am deutschen Volkskörper nicht gutheißen können, wir weigern uns deswegen, weil unser Ja auf die Einladung nach Straßburg hin bedeuten würde, daß wir die Methoden, die man dem Saargebiet gegenüber angewandt hat, für legitim erklären. (Sehr richtig.)

Und wenn man uns sagt, nun habt ihr Gelegenheit, eure europäische Gesinnung unter Beweis zu stellen und nicht Prestigepolitik zu machen, dann antworten wir, es geht uns hier nicht um Prestige, es geht uns um die Glaubwürdigkeit der Demokratie. Es geht uns darum, ob Demokratie bedeuten soll, daß ihr Sieger dieses Krieges Deutschland gegenüber die Prinzipien zur Anwendung bringt, für die ihr, das Schwert gezogen habt, oder ob Deutschland gegenüber die Prinzipien zur Anwendung gebracht werden sollen, die Hitler einst territorial den von ihm überfallenen Völkern gegenüber zur Anwendung gebracht hat. Das ist das Problem. (Beifall.)

Diese Alternative muß klar herauspräpariert werden. Da muß die Welt wissen, ob Schwarz schwarz und Weiß weiß sein soll. Und wir sind der Meinung, daß auch eine böse Klarheit hier heilsamer ist als ein bequemes Zwilicht.

Und dann, Genossinnen und Genossen, **wir müssen diese Haltung einnehmen aus europäischer Verantwortung.** Schließlich handelt es sich ja darum, daß wir Deutschen dafür zu sorgen haben, daß wir nicht russisch werden und mit uns ganz Europa. Und das setzt voraus, daß man das Problem Oder-Neiße offenhält. Und dieses Problem kann man offenhalten, wenn man das, was

dort geschehen ist, nicht nur dort, sondern auch im Westen für Unrecht erklärt, wenn es dort geschieht. (Sehr richtig!)

Sehen Sie, der demokratische Widerstand der Deutschen zwischen Elbe-Oder und Neiße wird ja von einer Reihe von Impulsen genährt. Ein sehr elementarer Impuls ist der Widerstand gegen Konzentrationslager und GPU. Aber dieser Widerstand wäre nicht so opferreich und stark, wenn er nicht seine Federspannung bekäme aus dem Abscheu gegen die Annexionspolitik der Russen östlich der Oder und Neiße.

Wenn wir hier im Westen uns so benehmen, daß die Oder-Neiße-Akten geschlossen sind, dann wird der Widerstandswille der Bevölkerung in der sowjetischen Zone lahm. Und dann haben die Russen auf ihrem Wege nach Westen eine entscheidende Etappe zurückgelegt.

Ich habe vorletzten Sonntag in der Pfalz gesprochen, und in der Versammlung war auch ein französischer Genosse, den ich von Frankreich her kenne, und er sagte mir:

„Du hast völlig recht, mit dem, was du gesagt hast. Nur ein Argument hast du vergessen. Was du sagtest, gilt nicht nur für das Land östlich der Oder-Neiße, es gilt auch für die sowjetische Zone, die sich heute Deutsche Demokratische Republik nennt. Wenn ihr mit Paris verhandelt und euch separieren könnt, was wollt ihr dagegen einwenden, wenn Pieck und Grotewohl dasselbe mit Moskau machen?“

So haben wir auch drüben in Frankreich ehrenhafte Sozialisten, die ihre Argumente in der Wahrheit suchen und nicht im Interesse. Man soll sich auch keinem Zweifel ergeben, wenn die Geschichte mit dem Saargebiet so gemacht wird, wie man es vorhat, wird es in Deutschland nationalistische Rückwirkungen geben, und, was schlimmer ist, es wird im Saargebiet eine Irredenta geben.

Als ich das gestern einem bedeutenden Pariser Journalisten sagte, der gerade vom Saargebiet nach Bonn gekommen war, da lächelte er. „Ach, Sie übertreiben, die Leute im Saargebiet sind ganz ruhig und fühlen sich ganz wohl.“ Da sagte ich, das ist völlig richtig, die haben das Gefühl, wir sind noch einmal davongekommen. Unsere Hochöfen hat man nicht demontiert, aber wie lange wird das vorhalten, sagte ich ihm, und andere Gefühle werden herauskommen.

Und ich habe ihm dann folgende Geschichte erzählt.

Vor drei Monaten wurde in Saarbrücken verhandelt zwischen den Bergarbeitern, Gewerkschaften und der französischen Regieverwaltung. Man einigte sich nicht, und schließlich kam der Hohe Kommissar persönlich zur Verhandlung. Man einigte sich dann auch nicht. Dann wurde der Hohe Kommissar ärgerlich und sagte den Deutschen: Vergeßt nicht, ihr habt den Krieg verloren. Darauf antwortete einer: Ja, Herr Kommissar, aber nicht in sechs Wochen!

Ich sage das nicht, damit man darüber billig lachen soll, sondern ich sage es deswegen, um Ihnen deutlich zu machen, wie hier die nationalen Ressentiments schon vor der Schwelle warten. Und da sagte mir der französische Journalist: „Ich glaube, diese Geschichte sagt viel. Sie könnten recht haben mit der Irredenta.“ Stellen Sie sich vor, was das bedeutet, wenn in fünf bis sechs Jahren drüben im Saargebiet ein Regimentsverein der alten Panzerjäger sich bildet oder eine Kameradschaft der alten Kaukasuskämpfer oder eine Kameradschaft der ehemaligen Gefangenen des Gefangenenlagers XY. Und überlegen Sie sich, was geschieht, wenn diese Dinge herüberschlagen über die Grenzen zu uns und wenn es von uns hinüber zurückschlägt. Das könnte uns in

des Teufels Küche bringen, und es wird uns in des Teufels Küche bringen, und deswegen muß man hier nein sagen.

Unser Nein ist ebensowenig Nationalismus wie das Nein Léon Blums zu den Münchener Abmachungen im Jahre 1938/1939 Nationalismus gewesen ist. Man sollte auch den Blick nicht von der Tatsache wegwenden, daß die Demokratie in Deutschland vom deutschen Volk auf die Dauer nur akzeptiert werden wird, wenn dieses deutsche Volk spürt, daß für die zuverlässigen Demokraten hier in diesem Lande Demokratie nicht identisch ist mit weichen Knien. (Beifall.)

Und stellen Sie sich einmal vor, diese acht Millionen Deklassierten, die Flüchtlinge, die Ausgebombten, die nächtens über die grüne Grenze aus der Sowjetzone Gekommenen, diese acht Millionen Menschen, an die soviel Zündstoff herangebracht wird von gewissenlosen Hetzern, Nationalisten und Strolchen, diese Menschen, die ohne Tradition sind, die ohne Einwurzelung sind, die nicht einmal eingegliedert sind. Wie sollen wir dann diese Menschen zu uns ziehen können und damit aus einer Manövriermasse von Desperados eine organisierte Wählerschaft machen, wenn diese Menschen in unserem Verhalten nicht sehen, daß wir für sie und für ihre Dinge stehen. Und glauben Sie, die Ostflüchtlinge würden uns glauben, daß uns an ihrem Schicksal liegt, wenn wir im Westen verraten, was wir im Osten als eine Fahne hissen (Beifall).

Wir Sozialdemokraten wissen, daß wir uns damit in der Welt nicht beliebt machen. Man macht sich nicht beliebt, wenn man Leuten, die schwer geschuftet haben und die sich nun gern ihr Pfeifchen anstecken möchten, sagt, laß das bleiben, ihr sitzt auf einem Pulverfaß. Dadurch macht man sich nicht beliebt. Man macht sich beliebter und behält den Ehrennamen großer Europäer, wenn man den Leuten solche Warnungen nicht ins Ohr schreit. Aber diese Beliebtheit verschafft man sich dann auf Kosten der Zukunft und auf Kosten des Friedens. Und der Friede kann nur auf die Wahrheit gegründet werden, und die Wahrheit muß man aussprechen, auch wenn sie einen unbeliebt macht.

In den letzten 14 Tagen hat es zu diesen Dingen ein aufgeregtes Hin und Her gegeben. Die Interviews kennen Sie, die Dementis kennen Sie auch, die Pariser Dementis zu den Dementis (Heiterkeit), usw., usw.

Sie haben vielleicht auch von den drei Punkten gehört, bezüglich der der Bundeskanzler in Paris angefragt hat. Er hat gesagt, wenn ich hier eine positive Antwort bekäme, hätte ich eher die Möglichkeit, eine Majorität im Bundestag zu bekommen. Macht doch eine freundliche Geste - so hat er nicht geschrieben - macht doch eine freundliche Geste, aber das war der Sinn. Ich habe ihm gesagt, Herr Adenauer, auf Gesten kann man keine Politik gründen. **Politik kann man nur auf Fakten gründen, und Gesten sind nur in den seltensten Fällen tragfähiger Baugrund.** Meistens sind Gesten etwas wie Einwickelpapier, aber es kommt auf das an, was in dem Papier eingewickelt worden ist und nicht auf das rosa Bändchen.

Ich weiß nicht, wie der Bundestag reagieren wird auf diese Dinge. Es ist keine Frage, daß die ursprünglich widerstandslose Bereitwilligkeit der Regierungsparteien, unter allen Umständen nach Straßburg zu gehen, möge man das kaudinische Joch noch so eng spannen, einer gewissen Unsicherheit Platz gemacht hat. Ob der Osterfrieden hier nicht vielleicht wieder freundlichere Stimmungen Straßburg gegenüber erzeugen wird, werden wir ja in 14 Tagen sehen.

Wir betrachten die Lage trotz allem nicht als ausweglos. **Wir sind der Meinung, daß man mit mutigen Entschlüssen aus der Situation einen ehrenhaften Weg finden kann. Voraussetzung dafür aber ist, daß man sich bereit**

erklärt, von Paris aus mit Bonn zu verhandeln und nicht von Paris aus mit Saarbrücken zu verhandeln (Sehr richtig).

Wenn das geschieht, dann könnte schon etwas getan werden, und wir sind durchaus bereit, den Vorschlag ernst zu nehmen, den L é o n B l u m am 17. Januar dieses Jahres gemacht hat: Volksabstimmung an der Saar und Klärung der Streitfragen durch das internationale Schiedsgericht im Haag.

Wir meinen, daß das keine Erpresserpolitik ist, wenn wir solche Vorschläge machen, sondern wir meinen, daß dieses unser Nein gesagt worden ist, um ein mögliches Ja zu provozieren.

Und wir meinen, daß man doch endlich jetzt ans Geschäft gehen sollte. Wir meinen, daß man versuchen sollte, mit uns zu einem Abkommen zu kommen, zu einem Abkommen über die Saar, und wir glauben, daß es für den Frieden Europas besser wäre, wenn man hier zu Abkommen käme, die das freudige Ja von 60 Millionen Deutschen finden würden; besser als ein Zustand, der bestenfalls das einverständige Nicken einiger Profiteure in Saarbrücken hervorrufen wird. Das ist kein guter Zustand, und unsere Befürchtungen sind groß.

Gerade deswegen, gerade weil die Lage ausweglos scheint, rufen wir zu Gehör aller, die es angeht, beschreitet doch diesen Weg, der der einzige Weg ist, der zu etwas führen kann. Geht doch aus der Sackgasse heraus, in die ihr euch mit eurer Schlauheit hinmanöveriert habt. Und unseren Verantwortlichen sagen wir, gebt doch die Illusion auf, daß ihr mit eurem Ja eine europäische Tat tut. Mit eurem Ja macht ihr es ja nur den anderen leichter, mit ihrem schlechten Gewissen auszukommen. Und schlechtes Gewissen präventiert allzumal zu seiner Zeit seine Wechsel. Und wir sagen unseren Verantwortlichen weiter, laßt doch dieses schlechte Argument beiseite, wir könnten in Straßburg um die Saar besser kämpfen als vor der Schwelle von Straßburg.

Stellt euch bitte vor, Genossinnen und Genossen, wenn am 27. Juni die Vollversammlung in Straßburg eröffnet wird, der Präsident die neuen deutschen Gäste begrüßt hat und sich einer von ihnen zu Worte meldet und anfängt, gegen die Saarregierung zu protestieren. Was wird dann geschehen? Man wird sagen, diese Deutschen sind doch unerträgliche Stümper. Deswegen muß man vorher kämpfen, wenn man wirklich um die Saar kämpfen will oder man muß ehrlich genug sein, zu sagen, wir geben sie preis. Warum wir sie nicht preisgeben können, das habe ich vorher zu sagen versucht.

Genossinnen und Genossen, man übt auf uns von allen Seiten schwere Pressionen aus, oben, in der Mitte und unten.

Es gilt, angesichts dieser Pressionen Rückgrat zu behalten.

Nicht aus Sturheit, nicht aus Eigensinn, nicht aus Überheblichkeit, sondern deswegen, Genossinnen und Genossen, weil das Schicksal Europas letzten Endes davon abhängt, ob es der Sozialdemokratischen Partei gelingen wird, das deutsche Volk davon zu überzeugen, daß sie es ist, die es in eine bessere Zukunft hineinführen kann.

Und das, Genossinnen und Genossen, setzt voraus, daß wir alle miteinander uns entschließen, unsere Entscheidungen im großen und im kleinen nicht zu treffen von den Stimmungen, sondern von den realen Gegebenheiten und dem Erkenntnissen aus, die sie vermitteln.

Wenn wir das tun, dann bleibt die Sozialdemokratische Partei krisenfest und dann kriegen wir Europa. (Starker Beifall.)